

## **Warnung des Verkehrssicherungspflichtigen vor schlechtem Straßenzustand; leichtfertiges Verhalten des Radfahrers**

BGB §§ 254 Abs. 1, 823 Abs. 1

**1. Die Warnung des (öffentlich-rechtlich) Verkehrssicherungspflichtigen vor von dem Straßenzustand ausgehenden Gefahren ersetzt grundsätzlich nicht deren unverzügliche Beseitigung, es sei denn, dem Pflichtigen ist die alsbaldige Beseitigung des gefährlichen Zustandes aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht möglich.**

**2. Eine (etwaige) Pflichtverletzung des Verkehrssicherungspflichtigen entfällt (§ 254 Abs. 1 BGB), wenn der geschädigte Radfahrer über eine trichterförmige Mulde auf einem Radweg stürzt und der Sturz durch einen unsachgemäßen Zustand des benutzten Fahrrads wesentlich mitverursacht worden ist, der Geschädigte den schlechten Zustand des Radweges, auf den überdies ein Warnschild hinwies, kannte und der Radfahrer vor dem Sturz auch sonst nicht ausreichend aufmerksam und vorsichtig gefahren ist.**

*OLG Bremen vom 5.5.2004 - 1 U 16/04a (rkr.), OLG Report 2004 , Nr. 17 , S. 428*

### **Aus den Gründen:**

... Insoweit lässt der Senat offen, ob die Beklagte die sie treffende öffentlich-rechtliche Verkehrssicherungspflicht (§ 839 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 34 GG, §§ 11, 9 BremLStr) dadurch verletzt hat, dass sie die Schäden am Radweg der Parkallee (trichterförmige Mulde mit einer Ausdehnung von etwa vier Steinreihen bei einer maximalen Vertiefung von etwa 5 cm, wobei im mittleren Radwegbereich zwischen zwei Pflastersteinen keine Füllung vorhanden war, so dass sich ein Absatz entsprechend der halben Steinhöhe gebildet hatte und am rechten Radwegrand ein Stein fehlte, vgl. schriftliches Gutachten des Sachverständigen Dipl.-Ing. O. nicht vor dem Zeitpunkt des Unfalls der Klägerin am 8.7.2002 beseitigte, sondern sich darauf beschränkte, etwa 200 Meter vor der Unfallstelle das Gefahrenzeichen Nr. 101 des § 40 Abs. 6 StVO mit dem Zusatzschild "Schäden im Rad- und Gehweg" anzubringen.

Diesbezüglich merkt der Senat lediglich an, dass entgegen der Auffassung der Beklagten die Warnung vor von dem Straßenzustand ausgehenden Gefahren grundsätzlich nicht deren unverzügliche Beseitigung durch den Verkehrssicherungspflichtigen ersetzt, es sei denn, dem Pflichtigen ist die alsbaldige Beseitigung des gefährlichen Zustandes aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht möglich (BGH VersR 1968, 1090 [1091]; Schwerdt in Wussow, Unfallhaftpflichtrecht, 15. Aufl. 2002, Kap. 13 Rz. 91, 95, m.w.N.; Hager in Staudinger, BGB, 13. Aufl. 1999, § 823 BGB Rz. E 118, m.w.N.).

Selbst wenn sich die Beklagte bei der vorliegenden Fallgestaltung nicht auf die Anbringung des genannten Warnschildes beschränken durfte, sondern die erheblichen Schäden am Radweg im Bereich der Unfallstelle hätte beseitigen müssen, ist die Beklagte der Klägerin gleichwohl nicht schadensersatzpflichtig, weil der bei der Klägerin eingetretene Schaden so überwiegend von dieser selbst verursacht und verschuldet worden ist, dass eine etwaige schuldhaftige Verkehrssicherungspflichtverletzung der Beklagten demgegenüber nicht nennenswert ins Gewicht fällt, die Ersatzpflicht der Beklagten vielmehr entfällt (Heinrichs in Palandt, BGB, 62. Aufl. 2003, § 254 Rz. 45 ff., 52, m.w.N.).

Dabei sind folgende Umstände zu berücksichtigen:

a) Wie der gerichtliche Sachverständige Dipl.-Ing. O. in seinem schriftlichen Gutachten vom 5.12.2003 und bei seiner mündlichen Anhörung durch das LG im Verhandlungstermin vom 5.12.2003 überzeugend ausgeführt hat, hätte sich das Vorderrad des Fahrrades der Klägerin beim Überfahren der Unfallstelle nicht aus der Gabel lösen können, wenn der sog. Schnellspanner am Vorderrad des Rades der Klägerin ordnungsgemäß festgezogen gewesen wäre; nach den Darlegungen des Sachverständigen ist es aufgrund der konstruktiven Gestaltung des am klägerischen Fahrrads montierten Schnellspanners im Falle einer ordnungsgemäßen Montage aus technischer Sicht ausgeschlossen, dass sich das Vorderrad beim Überfahren der im Unfallbereich befindlichen Mulde aus der Gabelaufnahme gelöst hätte.

Ohne die unsachgemäße Montage des Schnellspanners wäre es mithin entweder überhaupt nicht zu einem Sturz der Klägerin gekommen oder der Sturz wäre erheblich glimpflicher verlaufen, weil die Klägerin dann jedenfalls nicht "mit dem Lenker in der Hand auf den Boden (zugeflogen)" wäre, wie sie persönlich vor dem LG ausgeführt hat.

b) Die Klägerin kannte überdies den schlechten Zustand des Radweges. Sie fährt dort - nach eigener Darstellung - jeden Tag entlang und ist durch das von der Beklagten aufgestellte Warnschild zusätzlich auf den gefahrenträchtigen Zustand des Radwegs hingewiesen worden. Außerdem ist die unfallursächliche Schadensstelle als solche bei auch nur durchschnittlicher Aufmerksamkeit ohne weiteres zu erkennen, so dass ein Radfahrer sich auf die Gefahrenstelle durch eine entsprechend aufmerksame und vorsichtige Fahrweise einstellen kann und muss.

c) Auch daran hat es die Klägerin in mehrfacher Hinsicht fehlen lassen. Sie ist ca. 15 km/h schnell gefahren und hatte unmittelbar vor dem Sturz den an den Radweg angrenzenden Gehweg benutzt, ohne die ihr entgegenkommenden Fußgänger, die zwei Kinderwagen schoben, rechtzeitig zu bemerken, weshalb sie zügig nach links ausweichen musste (vgl. Anhörung der Klägerin im Verhandlungstermin des LG). Die vorstehend aufgezeigte Fahrweise wurde der der Klägerin bekannten Gefahrensituation an der Unfallstelle nicht ansatzweise gerecht.